

Quo vadis Ukraine? Die Ukraine im nationalen wie internationalen Aufbruch

De Bellis, Donato

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

De Bellis, D. (2005). *Quo vadis Ukraine? Die Ukraine im nationalen wie internationalen Aufbruch*. (KFIBS-Analyse, 1/05). Brühl: Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e.V. (KFIBS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-360820>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Quo vadis Ukraine?

Die Ukraine im nationalen wie internationalen Aufbruch

Von Donato De Bellis

donato.debellis@kfibs.org

Ausgabe

1/05

* * *

Der Dezember 2004 hat der Ukraine das Tor zur demokratischen Transformation weit geöffnet: Am 3. Dezember hat das oberste Gericht in Kiew die manipulierten Präsidentschaftswahlen vom 31. Oktober und 21. November 2004 annulliert und eine Wiederholung der Stichwahlen zwischen den Kandidaten Viktor Juschtschenko und Viktor Janukowitsch für den 26. Dezember 2004 angeordnet. Am 26. Dezember hat der Kandidat der Opposition die Wahlen für sich entschieden. Der Sieg der Demokratie ist im Wesentlichen zwei Faktoren zu verdanken: Erstens einer sich stetig entwickelnden, sehr aufmerksamen und politisch aktiven Zivilgesellschaft in der Ukraine und zweitens einer wachsam internationalen Öffentlichkeit, die Manipulationen von Wahlen nicht mehr länger bloß als „Kavaliersdelikt“ ansieht.

Nach der „Rosenrevolution“¹ in Georgien spiegelt die „Revolution in Orange“ einen weiteren demokratischen Umbruch in einem der GUS-Staaten wider. Eine Vielzahl der GUS-Staaten zeichnet sich durch eine formale Demokratie aus, will sagen, sie verfügen über formale demokratische Institutionen. Gleichzeitig sind diese durch eine zentrale Machtstreuung ausgehöhlt, mit der in der politischen Praxis gerne die Grenzen zwischen minimal und maximal tolerierbaren Verstößen getestet werden. Zu diesen charakterisierten GUS-Staaten zählte bis 2004 auch die Ukraine. Die Wahlmanipulationen der Präsidentschaftswahlen 2004 waren nicht der erste Fall, bei dem Ungereimtheiten und Verstöße in der noch jungen unabhängigen Republik vorkamen: Im Herbst des Jahres 2000 stürzte die so genannte Gongadze-Affäre das ganze Land in eine tiefe politische Krise. Präsident Leonid Kutschma wurde aufgrund von Tonbandaufzeichnungen verdächtigt, in die Ermordung des oppositionellen Journalisten Heorhij Gongadze verwickelt zu sein. Im Anschluss daran formierte sich eine breite Massenbewegung, die sich „Ukraine ohne Kutschma“ nannte. Deren Proteste und Forderungen nach Neuwahlen sowie Rücktritt des Präsidenten blieben jedoch erfolglos. Die Bewegung verfügte zum damaligen Zeitpunkt über keine starke Führungspersönlichkeit.

Ein weiteres anschauliches Beispiel für die Manipulation von Wahlergebnissen stellen die Parlamentswahlen vom März 2002 dar: Das Wahlbündnis des

1 Den Parlamentswahlen in Georgien am 2. Juni 2003 folgten Proteste gegen Wahlfälschungen. Diese Proteste hielten drei Wochen lang an und führten schließlich zum Sturz von Präsident Eduard Schewardnadse.

Spitzenkandidaten Viktor Juschtschenko „Unsere Ukraine“ ging mit einer relativen Parlamentsmehrheit als Wahlsieger aus diesen hervor. Diese relative Mehrheit wurde aber durch Korruption und Manipulation – Abgeordnete ließen sich in die „Pro-Kutschma-Fraktion“ einspannen – in eine Minderheit umgewandelt.² So symbolisiert die „Revolution in Orange“ neben einem demokratischen Umbruch auch eine Ablehnung und einen Aufstand gegen zehn Jahre Präsidentschaft von Leonid Kutschma.

Kutschma ist von 1994 bis 2004 Präsident der Ukraine gewesen. Aus dieser Zeit resultieren durchaus einige Verdienste seiner Person um das Land, so z. B. die Sicherung der territorialen Integrität des Landes durch einen Ausgleich mit Russland im Jahr 1997. Russland erkannte die Ukraine völkerrechtlich an. Auch ist es Kutschmas Verdienst gewesen, dass die Ukraine als selbstständiger Akteur im Westen wahrgenommen wird. Die Verdienste werden allerdings durch schwer wiegende Versäumnisse Kutschmas wieder aufgewogen. Das Institutionengefüge war zwar formal existent, funktionierte aber nicht nach demokratischen Maßstäben; es kann überhaupt keine Rede sein von einem System von „checks and balances“ zwischen Präsidentenamt und Parlament.

Kutschma hat mehrmals versucht, die Verfassung auszuhebeln und übte das präsidiale Amt weitgehend autoritär aus.³ Korruption, Intransparenz und eine unheilige Allianz aus Wirtschaftseliten und Politik beherrschten die ukrainische Politik. Die Demokratie wurde so weit wie eben nötig geachtet, und das Recht wurde so weit wie möglich gebeugt. Die Macht in der Ukraine wurde nach regionalen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten verteilt. Die zentrale Macht bediente sich zum Erhalt dieser bisweilen auch verbrecherischen Methoden. Dies wollten sich viele nicht gefallen lassen. Die Bevölkerung war nicht mehr willens, alles hinzunehmen und entfremdete sich zusehends von der Macht.

Seit 1991 hat sich, wenn auch in den ersten Jahren zunächst nur schwach, eine Zivilgesellschaft entwickelt; es entstanden zivile politische Gruppierungen, wie z. B. das „Ukrainische Wählerkomitee“, die Menschenrechtsgruppe „Charkov“ und das „Razumkov-Zentrum für wirtschaftliche und politische Anliegen“. Diese Zivilgesellschaft ist spätestens seit dem Jahr 2000, seit der Gongadze-Affäre, erstarkt. Auch war ein

² Vgl. Simon Gerhard, Neubeginn in der Ukraine. Vom Schwanken zur Revolution in Orange, in: Osteuropa 1/05, S. 20-21.

³ Vgl. ebd., S. 19.

gewisser Teil der Elite nicht mehr bereit, die autoritären Tendenzen unter Kutschma weiter hinzunehmen.

Die Spaltung der Eliten ist ein wesentlicher Bestandteil von Niedergängen autoritärer Regierungen, wie dies auch anhand des Beispiels von Slobodan Milošević in Serbien und anhand des Beispiels von Eduard Schewardnaze in Georgien aufgezeigt werden kann.⁴ Ein Großteil der ukrainischen Elite ist zumindest im eigenen Lebensstil längst im Westen angelangt und wendet sich entschieden gegen eine Stärkung autoritärer Tendenzen. Statt eines autoritären „roll back“ ist diese an einer Liberalisierung des Regimes interessiert. An der Erhaltung des *Status quo* waren nur noch der Staatsapparat und einzelne Profiteure interessiert.⁵ Um den Erhalt des *Status quo* zu gewährleisten, scheute man nicht einmal davor zurück, eine Manipulation der Präsidentschaftswahlen im Herbst 2004 zu betreiben. Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen waren zum einen Viktor Janukowitsch und zum anderen Viktor Juschtschenko. Janukowitsch war Gouverneur des Gebiets um Donezk und in den Jahren 2002 bis 2004 Ministerpräsident der Ukraine. Seine politische Heimat war die Gruppe des „Donezker Klans“.

Der Südosten der Ukraine ist in mehrere Teile aufgegliedert: in die urbanen Gebiete des Donbas, die südlichen Regionen und in die Halbinsel Krim. Die Region ist industriell geprägt; sie ist Sitz des Kohlebergbaus, der Metall- und Stahlproduktion, des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. Die beherrschende Macht in der Donezker Region stellt der „Donezker Klan“ dar, ein regional gebundenes, informelles Netzwerk aus Unternehmern und Politikern; die politische Macht aber obliegt offiziell dem dortigen Gouverneur. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 haben sich zunächst „Gewaltunternehmer“ herausgebildet, die früher ihren Profit aus dem Geschäft mit Sicherheit zogen. Erst nach und nach haben sie den Weg zum „normalen Unternehmertum“ gefunden. Sie wurden „Rote Direktoren“ genannt, weil sie und die Region zu Zeiten der (damaligen) Sowjetunion sehr empfänglich waren für die kommunistische Propaganda.⁶

Diese „Roten Direktoren“ wurden Mitte der neunziger Jahre von einer neuen Generation an Politikern und Unternehmern abgelöst, die nun auch mittels des 1995 gegründeten Industrieverbandes im Donbas die Gasverteilung zu kontrollieren begannen.

4 Vgl. Rjabcuk, Mykola, Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpresserstaat reformierbar?, in: Osteuropa 1/05, S. 7.

5 Vgl. ebd., S. 9-10.

6 Vgl. Zimmer, Kerstin, Die Kohle, der Clan und die Macht. Zur politischen Anatomie des Gebiets Donec'k, in: Osteuropa 1/05, S. 34-35.

Dies führte zu rivalisierenden Kämpfen zwischen den „Gasbaronen“ und der Metall verarbeitenden Industrie, die gar bis zu Auftragsmorden gingen.⁷ Unmittelbare Folgen dieser Unruhen waren ein zwischenzeitlicher Ausschluss aus der nationalen Politik und eine Beschränkung auf regionale wirtschaftliche wie politische Aktivitäten. Dies sollte sich erst mit dem in Erscheinung treten zweier Personen ändern: Viktor Janukowitsch und Rinat Achmetov.

Letztgenannter ist Präsident des Fußballvereins „Schachtjor Donezk“ und gilt seit 1999 als Kopf des Donezker Klans. Achmetov ist der wohl reichste Mann der Ukraine und hat sich von einem „Gewaltunternehmer“ zu einem „normalen Unternehmer“ entwickelt. Er besitzt großen Einfluss im Industrieverband der Donbas, welcher der wichtigste Gasverteiler der Region ist. Des Weiteren ist er Hauptaktionär des „System Capital Management“, das Anteile an Metallfabriken, Kokereien, Stahlfabriken und Röhrenfabriken hält.

Achmetov ist kein Politiker, übt aber starken Einfluss auf die Politik aus und ähnelt insofern den russischen Oligarchen. Viktor Janukowitsch und Rinat Achmetov arbeiteten, sowohl auf regionaler Ebene, in der Zeit als Janukowitsch Gouverneur war, als auch auf nationaler Ebene, in der Zeit als er Ministerpräsident der Ukraine war, eng zusammen. Janukowitsch war sowohl als Gouverneurskandidat⁸ als auch als Präsidentschaftskandidat nicht mehr als eine „Notlösung“. Die Ernennung Janukowitschs zum Gouverneur erfolgte durch Kutschma mit der Intention, die Donezker Region unter eigene Kontrolle zu bringen. Kutschma wusste um Janukowitschs ausgezeichnete Kontakte in der Region.⁹ Janukowitschs Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten erfolgte abermals durch Kutschma. Dies vor allem aufgrund der Loyalität Janukowitschs gegenüber Kutschma, aber auch aufgrund des Kutschma'schen Bestrebens, die unheilige Allianz der Oligarchen aus Donezk und der Politik aus Kiew fortzusetzen.¹⁰ Viktor Juschtschenko war Präsidentschaftskandidat der Opposition: Von 1997 an leitete er fünf Jahre lang die ukrainische Nationalbank; von 1999 bis 2001 war er ukrainischer Ministerpräsident. Im Mai 2002 wurde er Parlamentsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender des Wahlbündnisses „Unsere Ukraine“. Als Spitzenkandidat dieses

⁷ Vgl. ebd., S. 36.

⁸ In der Ukraine werden die Gouverneure vom Präsidenten bestimmt.

⁹ Vgl. Zimmer, a. a. O., S. 38.

¹⁰ Vgl. Schneider, Eberhard/Saurenbach, Christoph, Ukraine – die zweite Transformation, in: SWP-Aktuell 59/04, S. 1, zu finden unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1134, (29. März 2005).

Bündnisses ging er in den Präsidentschaftswahlkampf im Herbst 2004. Juschtschenko gelang es im Wahlkampf, die vorhandene Depression im Lande in Hoffnung zu verwandeln. Es gelang ihm ferner, ein Bewusstsein für Veränderungen zu schaffen und eine „Anti-Kutschma-Stimmung“ zu verbreiten.

Letztere sog sogar Janukowitsch auf – und dieser wusste sie auch gegen Juschtschenko zu nutzen, der von Janukowitsch als Vertreter des „alten Systems“ dargestellt wurde. Juschtschenkos Verdienst ist es, die Elite um sich zu scharen. Es gelang ihm zudem, eine breite Bewegung zu formieren. Im ersten Wahlgang lag Juschtschenko trotz Manipulationen noch vorne: 39,87% stimmten für Juschtschenko, 39,32% stimmten für Janukowitsch.¹¹ Die „Revolution in Orange“ brach aus, nachdem Janukowitsch nach dem zweiten Wahlgang, am 21. November 2004, von der Zentralen Wahlkommission (trotz offener Wahlmanipulation!) zum „Sieger“ der Präsidentschaftswahlen erklärt wurde. Bereits nach dem ersten Wahlgang sprach die OSZE-Wahlbeobachtergruppe von „Wahlfälschung“.

Manipuliert wurde durch Mehrfachabstimmungen in unterschiedlichen Wahllokalen, durch die Änderung von Daten in den Computern der Präsidialadministration.¹² Im Südosten der Ukraine wurden klientelähnliche Praktiken angewandt, indem man die Bevölkerung und Unternehmen durch Versprechungen und Drohungen an sich band. Unternehmer, wollten sie keine Existenzgefährdung riskieren, sollten den Wahlblock „Für eine geeinte Ukraine“, also den Wahlblock Janukowitschs, wählen. Privatpersonen wurden durch Geldanreize und Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage geködert. Auch wurde Druck auf Zeitungen und andere Medien ausgeübt. Direkte Manipulationen fanden ferner im Südosten durch Besetzung der Wahlkommissionen mit Anhängern der Partei Kutschmas, der „Partei der Macht“, statt. Außerdem wurden Wählerlisten manipuliert, und man erzwang die Genehmigung, Wahlbezirke wechseln zu dürfen, um so in denjenigen Wahlbezirken wählen zu können, in denen das Ergebnis noch offen war.¹³ Hatte man früher noch Wahlmanipulationen durchgehen lassen (müssen), war jetzt ein Punkt erreicht, der das Fass zum Überlaufen brachte: Gerade wegen den zuvor gemachten schlechten Erfahrungen war man auf

¹¹ Vgl. Simon Gerhard, Neubeginn in der Ukraine. Vom Schwanken zur Revolution in Orange, in: Osteuropa 1/05, S. 22-23.

¹² Vgl. ebd., S. 24.

¹³ Vgl. Zimmer, Kerstin, Die Kohle, der Clan und die Macht. Zur politischen Anatomie des Gebiets Donec'k, in: Osteuropa 1/05, S. 44-46.

Manipulationen vorbereitet – und dieses Mal wollte die Opposition diese nicht mehr durchgehen lassen. Nicht nur die Opposition, sondern auch die Menschen außerhalb der Politik waren auf gefälschte Wahlen vorbereitet, was durch Umfragen vor den Wahlen belegt ist.¹⁴

Nach der Verkündung des Zentralen Wahlkomitees und nach dem Institute am Wahlabend Umfrageergebnisse veröffentlichten, die Juschtschenko zum „Sieger“ erklärten, begannen die Massenproteste auf den Straßen. Über 100.000 Menschen gingen in Kiew auf die Straße, marschierten zum „Platz der Unabhängigkeit“, um Demokratie einzufordern. Dabei hatten sie orange Fahnen, Tücher, Schals und dergleichen mitgebracht, um ihre Sympathie für Juschtschenko und seine Bewegung zu bekunden. Mehr als zwei Wochen hielten die Proteste an, wurde auf den Straßen friedlich demonstriert, wurden Reden gehalten, Regierungsgebäude besetzt und die Menschen mit Musik bei Laune gehalten. Militärische wie zivile Organisationen und Institutionen erklärten ihre Neutralität oder gar ihre offene Sympathie für die Demokratiebewegung und für Juschtschenko. Selbst die Fernsehsender, die noch zuvor auf Seiten Janukowitschs gestanden hatten, liefen jetzt zu Juschtschenko über. In der Ukraine demonstrierte die Zivilgesellschaft nunmehr echte Stärke, und es zeigte sich, dass eine Opposition – trotz der semi-autoritären Richtung Kutschmas – möglich war.

Die neu gewonnene Stärke der Zivilgesellschaft in der Ukraine hat auch die internationale Staatenwelt aufhorchen lassen. Insbesondere die Unterstützung des Westens verhalf der „Revolution in Orange“ zum Sieg. Zu wiederholten Malen zeigt sich aber, dass die Ukraine ungewollt zu einem „Zankapfel“ zwischen dem Westen, vor allem der Europäischen Union, aber auch der USA und dem Osten, Russland, werden kann. Russland hat Janukowitsch unterstützt. Doch auch für Russland war er nicht mehr als ein Verlegenheitskandidat. Janukowitsch hatte zunächst eine unentschiedene Haltung gegenüber Russland eingenommen; erst kurz vor den Wahlen unterstützte er prorussische Positionen.¹⁵ Im Laufe des Wahlkampfes gab es diverse Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, Kutschma und Janukowitsch. Letztere wurden offiziell zur Geburtstagsfeier von Putin eingeladen. Putin seinerseits besuchte die vorgezogenen Feierlichkeiten zur Befreiung Kiews von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Er

¹⁴ Vgl. Simon Gerhard, Neubeginn in der Ukraine. Vom Schwanken zur Revolution in Orange, in: Osteuropa 1/05, S. 23.

¹⁵ Vgl. Fischer, Sabine, Rußland und die Ukraine. Fehlkalkulationen oder neoimperialer Impuls?, in: Osteuropa 1/05, S. 67.

war auch der erste, der Janukowitsch nach den Stichwahlen vom 21. November 2004 gratulierte. Gleichzeitig verschlechterten sich die Beziehungen zum Westen. Russland war gereizt, verstimmt und verärgert über die Auffassung des Westens, dass die Wahlen in der Ukraine gefälscht seien.¹⁶

Im Anschluss an die Stichwahl und im Hinblick auf die Demonstrationen in Kiew beschuldigte Russland den Westen, die Unruhen in Kiew geschürt und sich zu sehr in die Belange der Ukraine eingemischt zu haben. Diese starre Haltung Russlands isolierte das Land zusehends. Die Europäische Union hat sich in das Wahlprozedere im Oktober und November 2004 nicht eingemischt; sie hat sich erst nach der Bekanntmachung der Ergebnisse der Stichwahl und nach dem Protestbeginn in der Ukraine zu Wort gemeldet und sich auf die Seite von Viktor Juschtschenko geschlagen. Ganz anders die Haltung der US-Regierung: Sie war in dieser Hinsicht wesentlich offensiver; sie bezog schon während des Wahlkampfes Position für Juschtschenko.¹⁷

Der Präsident der Europäischen Kommission, der Portugiese José Manuel Durão Barroso, forderte am 24. November 2004 die Überprüfung des Wahlergebnisses. Auf dem EU-Russland-Gipfel (25.11.2004) kam es dann zu Auseinandersetzungen zwischen der EU und Russland über die Ukraine. Die Europäische Union initiierte drei Vermittlungsmissionen zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten. Diese fanden am 26. November, am 1. Dezember und am 6. Dezember 2004 in Kiew statt. Teilnehmer der Vermittlungsmissionen waren neben den Präsidentschaftskandidaten auch Leonid Kutschma, Javier Solana, der Hohe Vertreter für die GASP („Mr CSFP“), Alexander Kwasniewski, der Präsident Polens, Valdas Adamkus, der Präsident Litauens, und last, not least als Vertreter Russlands, Boris Gryslow, der Duma-Vorsitzende.¹⁸ Die EU-Vermittlungsgruppe wurde in der Hauptsache von Alexander Kwasniewski geleitet. Es war zudem die erste verantwortungsvolle Mission der neuen EU-Mitglieder Polen und Litauen.¹⁹

Am 3. Dezember 2004 annullierte das Oberste Gericht in Kiew die Ergebnisse der Stichwahl und gab einer Klage von Juschtschenko statt; es setzte für den 26. Dezember

16 Vgl. Fischer, Sabine, Rußland und die Ukraine. Fehlkalkulationen oder neoimperialer Impuls?, in: Osteuropa 1/05, S. 69.

17 Vgl. Schneider-Deters, Winfried, Die palliative Ukrainepolitik der EU. Ein Plädoyer für ein neues Denken, in: Osteuropa 1/05, S. 56-57.

18 Vgl. ebd., S. 61.

19 Ein ausführliches Interview mit Alexander Kwasniewski zur EU-Verhandlungsmission findet man in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Februar 2005, S. 173-182.

2004 die Wiederholung der Stichwahl an. Am 8. Dezember 2004 wurde eine Verfassungspaketlösung verabschiedet, die einerseits das Parlament in seinen Rechten stärkte²⁰ und andererseits die Wahlgesetze reformierte. Die „Revolution in Orange“ fand am 26. Dezember mit dem Wahlsieg Viktor Juschtschenkos ein glückliches Ende: Auf ihn entfielen 51,99% der Stimmen, während auf Viktor Janukowitsch 44,19% der Stimmen entfielen. Die insgesamt 12.000 ausländischen Wahlbeobachter hatten keine organisierten Wahlfälschungen feststellen können.²¹

Die zentrale Frage lautet nun: Welchen nationalen und internationalen Weg wird die Ukraine nach dem Wahlsieg Viktor Juschtschenkos einschlagen? Auf nationaler Ebene wird es für Juschtschenko darauf ankommen, die geweckten Hoffnungen nicht zu enttäuschen. Der demokratische Prozess darf nicht ins Stocken geraten und sollte sich in einem ausgewogenen politischen System wieder finden. Auch wird es darauf ankommen, die Sympathien im Südosten der Ukraine, deren Kandidat Viktor Janukowitsch war, für sich zu gewinnen. Von einer Spaltung der Ukraine ist nicht auszugehen. Der Südosten ist kein homogener Block. Neben dem hier dargestellten Donezker Klan existiert auch noch ein einflussreiches Gebiet um Dnjepropetroszk.

Des Weiteren hat der Kopf des „Donezker Klans“ Rinat Achmetov angekündigt, unter jedem Präsidenten arbeiten zu wollen und zu können.²² Der Südosten versteht sich zwar als selbstbewusste Region, aber als eine selbstbewusste Region *innerhalb* der Ukraine²³ – sozusagen eine Mischung aus Ruhrgebiet-Mentalität und bayerischer Mentalität. Die größte Herausforderung wird für Juschtschenko darin bestehen, nahtlos von der Revolution in den politischen Alltag überzugehen.

Was Juschtschenko auf internationaler Ebene noch erreichen möchte, hat er in seiner Rede im Deutschen Bundestag am 9. März 2005 zum Ausdruck gebracht:²⁴ Sein erklärtes Ziel ist eine Mitgliedschaft in der EU. Bis 2007 will Juschtschenko einen Assoziierungsvertrag mit der Europäischen Union abgeschlossen haben und spätestens im Jahr 2016 soll die Ukraine der EU dann beitreten. Dabei wird sich die Ukraine Russland gegenüber nicht verschließen, wie Juschtschenko beim Treffen mit Putin am 19.

20 Kutschma intendierte seinen Nachfolger, durch eine Abwertung des präsidentialen Amtes und eine Aufwertung des Parlaments nachhaltig zu schwächen.

21 Vgl. Simon Gerhard, Neubeginn in der Ukraine. Vom Schwanken zur Revolution in Orange, in: Osteuropa 1/05, S. 26.

22 Vgl. Zimmer, Kerstin, Die Kohle, der Clan und die Macht. Zur politischen Anatomie des Gebiets Donec'k, in: Osteuropa 1/05, S. 49.

23 Vgl. Gerhard, a. a. O., S. 32.

24 Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 10.03.2005, S. 1.

März 2005 in Kiew klar machte. Dies wäre im Übrigen – angesichts der engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland – auch gar nicht möglich. Moskau perzipiert die Ukraine als das „nahe Ausland“; die Ukraine hat für Russland zugleich die Bedeutung eines „Bruderstaates“. Russland führt eine Auseinandersetzung um die Ukraine als geopolitische Auseinandersetzung mit dem Westen.²⁵

Moskau scheiterte bei dem Versuch, „seinen Kandidaten“ Janukowitsch durchzusetzen und geriet dabei in Konflikt mit den Vereinigten Staaten und der EU. Russland hat die Sorge, seinen Einfluss bezüglich der Ukraine zu verlieren. Die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine sind seit der Unabhängigkeit der Ukraine nicht frei von Spannungen. Da gab es beispielsweise den Konflikt um die Schwarzmeerflotte oder den Konflikt um die Halbinsel Krim. Leonid Kutschma hat die Ukraine seit 1998 auf die EU eingeschworen – und erst als er von ihr enttäuscht wurde, näherte er sich Russland wieder langsam an.

Moskau erklärte ab dem Jahr 2000 die Ukraine zur obersten Priorität russischer Politik. Die russische Führung setzte Viktor Tschernomyrdin als Botschafter Russlands in der Ukraine ein. Das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten wuchs. Dennoch kam es zu weiteren Spannungen zwischen beiden Staaten, so z. B. im Jahr 2003, als die Ukraine Truppen in den Irak entsandte. Der zentrale Konflikt ist, hierin liegt zurzeit die größte Sorge Russlands in Bezug auf die Ukraine (Stichwort: „Einflussverlust“), der Konflikt um sein Prestigeobjekt – sprich: den „Gemeinsamen Wirtschaftsraum“.

Der Gemeinsame Wirtschaftsraum ist ein Projekt, das sich unmittelbar an die EU anlehnt – Russland, die Ukraine, Kasachstan und Weißrussland sollen eine integrierte Form der Zusammenarbeit in den folgenden Sektoren (mit den damit verbunden „vier Freiheiten“) anstreben: im Waren-, im Kapital-, im Dienstleistungs- und im Personenverkehr. Die Ukraine ist hierbei gerade mal bereit, nicht mehr als eine Freihandelszone zwischen den betreffenden Staaten zu bilden. Anderenfalls sieht sie ihr „Zukunftsprojekt“, die erhoffte Mitgliedschaft in der Europäischen Union, gefährdet.

Moskau wiederum befürchtet seinerseits, dass der Gemeinsame Wirtschaftsraum *ohne* die Ukraine in seiner Existenz gefährdet sein könnte. In Jalta wurden im September 2003 die Verträge über den Gemeinsamen Wirtschaftsraum von den vier bereits genannten Staaten unterzeichnet, und im April 2004 sodann wurde die Vereinbarung in

25 Vgl. Fischer, Sabine, Rußland und die Ukraine. Fehlkalkulationen oder neoimperialer Impuls?, in: Osteuropa 1/05, S. 64.

der Ukraine ratifiziert. Die konkrete Ausgestaltung bleibt jedoch noch offen.²⁶ Russland steht nach dem Wahlsieg Juschtschenkos nun einer weitaus selbstsichereren Ukraine gegenüber, die ihren Weg nach Europa sucht, gleichzeitig aber Russland nicht ganz den Rücken zukehren will und kann.

Die Beziehungen zu Moskau werden weiterhin konfliktgeladen sein – aber auch pragmatisch, bisweilen freundschaftlich distanziert, an politischen und ökonomischen Interessen ausgerichtet sein. Die ukrainische Außenpolitik allerdings hat ihr Ziel fest im Blick: die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Doch wie verhält es sich mit der EU? Welche Perspektiven kann die EU der Ukraine bieten?

In ökonomischer Hinsicht ist die Ukraine in Sachen *Export* schon jetzt ein wichtiger Partner für die Europäische Union: 2002 wurden 32,1% des Außenhandels in die EU exportiert; 2003 waren es bereits 34,1%, und in der ersten Jahreshälfte 2004 waren es wiederum um die 30% des Außenhandels, die in die EU exportiert wurden.²⁷

In politischer Hinsicht jedoch gewährt die Europäische Union der Ukraine keine Aussicht auf eine mögliche EU-Mitgliedschaft. Ein Blick zurück: 1993 fand der Erweiterungsgipfel in Kopenhagen statt; die GUS-Staaten wurden im Zuge der Verhandlungen, mit Ausnahme der baltischen Staaten, für eine Mitgliedschaft in der EU nicht berücksichtigt. Für die Ukraine – genauso wie für Russland – gab es das politische Instrument des „Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“. Dieses wurde mit der Ukraine 1994 zwar zum Abschluss gebracht, trat aber erst am 1. März 1998 (mit einer Gültigkeit von zehn Jahren) in Kraft.

Ziel des „Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“ ist es, die politische und ökonomische Stabilität der Ukraine zu fördern. Im Dezember 1999 wurde in Helsinki die „Gemeinsame Strategie für die Ukraine“ beschlossen. Diese war zunächst auf vier Jahre begrenzt und wurde schließlich bis zum 31. Dezember 2004 verlängert. Mit der „Gemeinsamen Strategie“ verfolgte man das Ziel, eine „strategische Partnerschaft“ zwischen der Ukraine und der EU zu fördern. Die Ukraine erhält im Rahmen des TACIS²⁸-Programms von der EU technische wie finanzielle Unterstützung. Das TACIS-

²⁶ Vgl. ebd., S. 71.

²⁷ Vgl. Rjabcuk, Mykola, Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpresserstaat reformierbar?, in: Osteuropa 1/05, S. 10.

²⁸ Das TACIS-Programm hilft den ehemaligen Sowjetrepubliken und der Mongolei auf ihrem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft. Es werden ökonomische und soziale Reformen unterstützt. Ebenso wird der Umweltschutz gefördert. Dafür stehen für die Jahre 2000 bis 2006 etwa 3.138 Milliarden Euro zur Verfügung.

Programm soll im Jahr 2007 durch das „European Neighbourhood and Partnership Instrument“ ersetzt werden.²⁹

Nach der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 entwickelte die EU-Kommission die „Europäische Nachbarschaftspolitik“. Letztere bleibt in den Rahmen des „Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“ eingebunden und soll denjenigen Staaten, die bei der EU-Osterweiterung zu kurz gekommen waren, wie eben die Ukraine, Vorteile verschaffen, in deren Genuss die neuen EU-Mitglieder bereits gekommen sind.

Den finanziellen wie technischen Rahmen dieses Programms bietet für die Jahre 2007 bis 2013 das „European Neighbourhood and Partnership Instrument“. Praktische Instrumente der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ sind die so genannten Aktionspläne, die auf drei bis fünf Jahre befristet sind und die Möglichkeit zur Revision einschließen. Die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ und die besagten „Aktionspläne“ sollen die Demokratie und Marktwirtschaft in der Ukraine und in den anderen, daran beteiligten Staaten fördern.³⁰ Sie sollen die Zusammenarbeit mit der EU voran bringen – aber: Sie sind keine Erweiterungspolitik und vermitteln keine Integrationsperspektive, die in einer EU-Vollmitgliedschaft enden könnte. Dies machte die ehemalige österreichische Außenministerin und jetzige EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner unmissverständlich deutlich.³¹

Am 21. Februar 2005 wurde vom EU-Ukraine-Kooperationsrat der „Ukraine-Aktionsplan“ verabschiedet. Die Europäische Union hat damit auf die neuen Verhältnisse in Kiew reagiert und einen aktualisierten „Aktionsplan“ vorgelegt. Dieser umfasst Forderungen im Bereich Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat; eine engere Kooperation in den Bereichen „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) sowie „polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen“ wird in Aussicht gestellt.³²

Allerdings: Die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ soll eine Alternative zum Artikel 49 des EU-Vertrages darstellen; sie dient somit *nicht* der Vorbereitung auf eine

29 Vgl. Schneider-Deters, Winfried, Die palliative Ukrainepolitik der EU. Ein Plädoyer für ein neues Denken, in: Osteuropa 1/05, S. 52.

30 Zu diesen Staaten zählen: die Ukraine, Moldawien, Weißrussland, Marokko, Israel, Jordanien und „Palästina“ bzw. die Palästinensische Autonomiebehörde.

31 Vgl. Ferrero-Waldner, Benita, Press Conference to launch first seven Action Plans under the European Neighbourhood Policy, Brussels, 9 December 2004, Speech 04/529, zu finden unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/news/ferrero/2004/sp04_529.htm, (29. März 2005).

32 Vgl. Schneider, Eberhard/Saurenbach, Christoph, Kiews EU-Ambitionen, in: SWP-Aktuell 3/05, S. 1, zu finden unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1225, (29. März 2005).

Aufnahme in die EU. Damit sind künftige Konflikte für den Fall, dass es die Ukraine mit einer EU-Mitgliedschaft ernst meint, vorgezeichnet. Dass es die Ukraine mit ihrem Vorhaben durchaus ernst meint, zeigen die ersten Schritte der neuen Regierung in diese Richtung. Die Zuständigkeiten für Europa, die zuvor beim Wirtschaftsministerium lagen, wurden von diesem inzwischen übertragen: Der neue Europa-Ressortinhaber hat nun auch die Stellung eines stellvertretenden Regierungschefs inne. Alle Ministerien sollen künftig über Integrationsabteilungen verfügen. Zum Außenminister wurde der europafreundliche Borys Tarasjuk ernannt, der die EU-Ambitionen seines Landes nicht verheimlicht.³³

Die Europäische Union muss darauf achten, dass der neue „Aktionsplan“ nicht wie ein zweiter Aufguss des „Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“ von 1998 wirkt. Ferner stellt sich die Frage, wie viel Geld – nach der „Finanziellen Vorausschau“ für die Jahre 2007 bis 2013 – für Sekundärprojekte, wie z. B. die „Europäische Nachbarschaftspolitik“, letztlich übrig bleibt. Die EU wird darauf achten, davon ist auszugehen, inwieweit die Reformen in die alltägliche Politik mit einfließen werden; sie wird der Ukraine entsprechende Hilfe anbieten, damit diese in den Kreis der marktwirtschaftlich orientierten Staaten aufgenommen werden kann.

Mittel- und langfristig wird – möglicherweise – die EU die Ukraine dabei unterstützen, Mitglied der Welthandelsorganisation (*World Trade Organization*/WTO) zu werden. Doch bietet die Europäische Union mit dem „Aktionsplan“ – zumindest solange sie schon unverfängliche und unverbindliche Gespräche über ein (mögliches) Assoziierungsabkommen blockiert – der Ukraine keine echte Integrationsperspektive. Allerdings ist die EU in dieser Frage gespalten: Sowohl die baltischen Staaten als auch die skandinavischen Staaten sowie insbesondere Polen sprechen sich *für* eine klare europäische Perspektive für die Ukraine aus, die eine EU-Vollmitgliedschaft grundsätzlich nicht ausschließt.³⁴

Deutschland nimmt in dieser Frage eine ambivalente Haltung ein: Beim Besuch Juschtschenkos in Berlin wurde deutlich, dass Deutschland der Ukraine helfen möchte, „europatauglich“ zu werden, aber es macht der Ukraine keine Versprechungen hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft.³⁵ Als Fazit kann festgehalten werden: Der „EU-

33 Vgl. Schneider, Eberhard/Saurenbach, Christoph, Kiews EU-Ambitionen, in: SWP-Aktuell 3/05, S. 2.

34 Vgl. ebd., S. 3.

35 Vgl. SZ v. 10.03.2005, S. 1.

Aktionsplan“ ist ein erster, zugleich aber wichtiger Schritt, die Ukraine in ihren Demokratisierungsbestrebungen und auf ihrem Weg zu einer vollwertigen Demokratie zu unterstützen. Doch ist der „Aktionsplan“ noch nicht konkret genug. Daher entstand (im Rahmen eines Treffens zwischen dem EU-Kommissionspräsidenten Barroso und Juschtschenko) die Idee, eine „Roadmap“ zur Umsetzung des „Aktionsplans“ einzuführen. Die „Roadmap“ soll unmittelbare Reformprioritäten setzen und konkrete Vorgaben bereits für die kommenden Monate beinhalten.³⁶

Sollten die Reformen und die einzelnen Demokratisierungsschritte in der Ukraine erfolgreich umgesetzt werden können, wäre es von Seiten der EU durchaus angebracht, der Ukraine für das Jahr 2007 ein Assoziierungsabkommen in Aussicht zu stellen. Dabei muss die Ukraine allerdings darauf achten, nicht zum Spielball der EU und Russlands zu werden. Sie muss sich weiter in Richtung Demokratie und „acquis communautaire“ der EU bewegen, gleichzeitig aber auch Russland die Hand zur politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit reichen.

Die Ukraine ist durchaus willens und in der Lage, sich ernsthaft der EU anzunähern und gleichzeitig die Beziehungen zu Russland fortzusetzen. Im Übrigen, dies mag die positive Grundstimmung noch verstärken, hat Präsident Putin am 10. Dezember 2004 auf einer Pressekonferenz im Anschluss an ein Treffen mit dem spanischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero erklärt, dass sich Russland einem Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union *nicht* entgegenstellen werde.³⁷

³⁶ Vgl. Schneider, Eberhard/Saurenbach, Christoph, Kiews EU-Ambitionen, in: SWP-Aktuell 3/05, S. 4.

³⁷ Vgl. Fischer, Sabine, Rußland und die Ukraine. Fehlkalkulationen oder neoimperialer Impuls?, in: Osteuropa 1/05, S. 70.